Pressemitteilung

Parteiversammlung SVP Russikon

Gemäss BAG ist eine Versammlung bis 50 Personen für die politische Meinungsbildung unter Auflagen möglich.
Die Mitglieder freuten sich auf die physische Versammlung und fassten die Parolen für die Abstimmungen vom kommenden 13. Juni.

Dem Kredit von CHF 17.3 Mio. für die **Sporthalle** mit Tagesstrukturen und multifunktionalen Schulräumen wurde mit grossem Mehr und nur vereinzelten Gegenstimmen zugestimmt. Das Projekt überzeugt durch minimalen Landverschleiss, seine Nachhaltigkeit und die optimale Einfügung in die Umgebung. Die Arbeit der Vereine in Sachen sportliche Jugendförderung wird mit der Zustimmung unterstützt. Die Versammlung fasste die **JA-Parole**.

Für den 2. Wahlgang des Friedensrichteramts empfehlen die Mitglieder **Pascal Bürgisser**, Madetswil.

Die kantonalen Vorlagen wurden im Sinne der kantonalen Delegierten mit einem **JA für das Spielgeldgesetz** und mit je einem **NEIN für die Volksinitiativen «Raus aus der Prämienfalle» und «Mehr Geld für Familien**» verabschiedet.

Das **Covid-Gesetz**, eine eidg. Vorlage wurde intensiv diskutiert und schliesslich mit der **NEIN-Parole** verabschiedet. Die eidg. Delegiertenversammlung hatte eine Stimmfreigabe beschlossen. Einerseits war man für die weitere Unterstützung des Gewerbes, welchem faktisch ein Berufsverbot diktiert wurde, andererseits befürchtete man eine Bevormundung der Bevölkerung mit Auswirkungen bis 2031. Die Mitglieder waren mehrheitlich der Meinung, dass das Parlament das Ende September 2021 auslaufende Gesetz mit kurz- bis mittelfristigen Massnahmen, ablösen könnte.

Die Mitglieder der SVP Russikon befürchten einen zu grossen Eingriff in die Freiheit beim **«Terrorismusgesetz»,** eine weitere eidg. Vorlage und schickten die Vorlage mit einem **NEIN** bachab. Diese Vorlage war bereits in den eidgenössischen und kantonalen Delegiertenversammlungen umstritten jedoch wurden in beiden Versammlungen der Vorlage zugestimmt.

Zu den beiden **«Trinkwasser- und die Pestizidverbots-Initiativen»** wurden einstimmig die **NEIN-Parolen** gefasst. Sie gehen den Mitgliedern klar zu weit und sprechen sich damit für eine möglichst unabhängige Selbstversorgung durch eine produzierende Landwirtschaft aus.

Unumstritten war auch das **CO2-Gesetz**. Es handelt sich bei diesem Gesetz um eine reine Umverteilung und bewirkt bezogen auf das Weltklima, im Verhältnis zu den Auswirkungen, zu wenig. Die einstimmige **NEIN-Parole** ist die Antwort.

SVP Russikon/HAE